

Runder Tisch - Vorschulen zur Demokratie

Deutsche Frage in der nationalen und internationalen Politik seit 1945 - Krise des SED-Regimes - Auslöser und Verlauf der Revolution in der DDR - Wege zur Vereinigung - Deutsche nach der Vereinigung

Von Robert Grünbaum

Neue Rolle für Parteien und Volksvertretungen

„Bei der Maueröffnung war die deutsche Einigung noch keineswegs abzusehen. Die Revolution in der DDR traf die nationale und internationale Politik unvorbereitet. Entsprechend unsicher reagierten die politisch Verantwortlichen. Angesichts des Volkswillens konnte es aber bald kaum Zweifel über die Richtung der politischen Entwicklung geben. Der innen- u. außenpolitische Weg, der zur schließlich zur Einheit am 3. Oktober 1990 führte, zeichnete sich innerhalb weniger Monate ab. Der Übergang zur Demokratie vollzog sich in der DDR von Anfang Dezember 1989 bis zum 18. März 1990, dem Tag, als die freien Wahlen stattfanden. Angesichts des Verlustes an Autorität und Führungsfähigkeit der SED verlagerte sich in den letzten Wochen des Jahres 1989 die Macht von der Partei zunehmend auf den Staat. Formal hatten während der 40ig-jährigen Geschichte der DDR äußerlich Strukturen einer parlamentarischen Demokratie bestanden. Nach dem Zusammenbruch der SED-Diktatur eigneten sich die Blockparteien und Massenorganisationen ebenso wie die Volksvertretungen von der Gemeinde – bis zur zentralen Ebene die ihnen bis dahin versagte Unabhängigkeit sowie die in der DDR – Verfassung aufgeführten Funktionen an. Vor allem der Volkskammer fiel dadurch eine neue Rolle zu. Die nicht aus freien Wahlen hervorgegangene oberste Volksvertretung der DDR erhielt die Chance, nunmehr wirksam in das politische Geschehen einzugreifen.“

In den früheren Blockparteien vollzog sich zwischen Oktober und Dezember 1989 ein Wandel in der Programmatik; weg von der Rolle der SED-Verbündeten hin zu Fürsprechern demokratischer Alternativen, die sich allmählich deutlich im Sinn von Pluralismus und sozialer Marktwirtschaft artikulierten. So entstand die merkwürdige Situation, dass mit wenigen Ausnahmen, dieselben Politiker und Funktionäre ,die wenige Monate noch Ergebenheitsadressen an die SED-Führung gerichtet hatten, nun den Versuch unternahmen, sich mit „gewendeten“ Positionen an die Spitze des politischen Neuanfangs zu stellen. Auf diese Weise konnte auch die SED als stärkste Volkskammerfraktion noch bis zum Frühjahr 1990 der Regierung vorstehen, die unter Modrow im politischen Tagesgeschäft an Bedeutung gewann. Die Opposition sah sich weder konzeptionell noch organisatorisch und personell in der Lage, die buchstäblich auf der Strasse liegende Macht zu übernehmen“.

Teilnehmer am Runden Tisch

„Neue Parteien und Organisationen: Initiative Vereinigte LINKE; Sozialdemokratische Partei (SDP seit 13. Jan. 1990; SPD); Bürgerbewegung Demokratie Jetzt; Bürgerbewegung Neues Forum; Grüne Partei; Initiative Frieden und Menschenrechte; Grüne Liga; Bäuerlicher Unabhängiger Frauenverband; Partei Demokratischer Aufbruch;

Alte Parteien und Organisationen: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED, seit 16. Dez. 1989 SED/PDS und seit 4. Febr. 1990 Partei des demokratischen Sozialismus= PDS); Liberal-Demokratische Partei Deutschland (LDPD seit 1. Febr. 1990 LDP); National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD); Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD); Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU); Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB); Organisation der Genossenschaftsbauern u. Gärtner sowie Träger Bäuerlicher Handelsgenossenschaften;

Dem Zentralen Runden Tisch in Ost-Berlin gehörte ein Vertreter des Sorbischen Runden Tisches als Vertreter der nationalen Minderheit der Sorben an. Auch Beobachter, Mitglieder des Demokratischen Frauenbunds (DFB), des Verbandes der Konsumgenossenschaften und der Umweltpolizei nahmen teil“. (Quelle: Der Fischer Weltalmanach; Sonderband DDR, Frankfurt am Main 1990 Seite 187)

Einsetzung des Runden Tisches

„Da die Volkskammer ohne demokratische Legitimation war und die oppositionellen Gruppierungen kein parlamentarischen Mitspracherecht hatten, mußte ein Weg gefunden werden, Gespräche über eine neue Politik in einem institutionalisierten Rahmen führen zu können. Die neuen politischen Organisationen und Parteien sowie die Regierung einigten sich auf die Einrichtung eines Runden Tisches als Interes-senvertretung für das Volk, der am 7. Dez. 1989 erstmal in Berlin zusammentrat und bis zum 12. März 1990 tagte. In Abgrenzung zu gleichlautenden Foren im Land wurde er später Zentraler Runder Tisch genannt.“

Auf der ersten Sitzung formulierte der zentrale Runde Tisch in Berlin, der eigentlich eckig war, sein Selbstverständnis:

Text:...Die Teilnehmer des Runden Tisches treffen aus tiefer Sorge um unser in eine tiefe Krise geratenes Land seine Eigenständigkeit und seine dauerhafte Entwicklung. Sie fordern die Offenlegung der ökologischen, wirtschaftlichen und finanziellen Situation in unserem Land. Obwohl der Runder Tisch keine parlamentarische oder Regierungsfunktion ausüben kann, will er sich mit Vorschlägen zur Überwindung der Krise an die Öffentlichkeit wenden. Er fordert von der Volkskammer und der Regierung, rechtzeitig vor wichtigen rechts-, wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen informiert und einbezogen zu werden. Er versteht sich als Bestandteil der öffentlichen Kontrolle in unserem Land. Geplant ist, seine Tätigkeit bis zur Durchführung freier, demokratischer und geheimer Wahlen fortzusetzen. **Zitat** (zitiert : Uwe Thysen, Der Runde Tisch oder : Wo blieb das Volk? Der Weg der DDR in die Demokratie, Opladen 1990 S.50f)

Der Runde Tisch verstand sich als Organ zur Beratung und Kontrolle der Regierung und des Parlaments. Gleichzeitig sollte der Demokratisierungsprozess vorangetrieben werden. Dazu wurden 16 Arbeitsgruppen eingerichtet, die für den Umbau von Staat und Gesellschaft erforderliche rechtliche Regelungen entwarfen. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit standen die Kommissionen Wahlgesetz, Parteien - und Vereinigungsgesetz und Neue Verfassung, die baldige Wahlen und einen Verfassungsentwurf vorbereiten. In der Verfassungsgebung sah die Bürgerbewegung den entscheidenden revolutionären Neuanfang, um die bestehende Ordnung aufzuheben und eine Staatsform zu schaffen, die die vollzogenen gesellschaftlichen Veränderungen berücksichtigte und die durch freie, demokratische Wahlen legitimiert werden sollte. Ein weiteres zentrales Thema war die Auflösung des inzwischen in Amt für nationale Sicherheit unbenannten Staatssicherheitsdienstes. Die Auseinandersetzung um diese Institution geriet zu offenen Konfrontation der neuen politischen Kräfte des Runden Tisches mit der Regierung, die sich den Forderungen des Gremiums nach Preisgabe des Machtinstruments durch hinhaltenden Widerstand lange zu entziehen, versuchte. Erst der wachsende innenpolitische Druck und die Erstürmung der Staatssicherheitszentrale in der Ost-Berliner Normannenstraße am 15. Jan. 1990 zwangen Modrow in dieser wichtigen Frage zum Einlenken.

Der Runde Tisch war das einzigste Gremium in der DDR, in dem die Konflikte und Probleme offen diskutiert und ausgetragen werden konnten und in dem auch die Opposition eine gleichberechtigte Plattform besaß. Er war als Ergebnis des Sieges der Opposition eine von den Kräften des alten Regimes zögerlich akzeptierte Ebene des Dialogs mit den bis zu dieser Zeit unterdrückten Bewegungen, die nun legalisiert, und in Prozesse politischer Willensbildung einbezogen wurden. Ursprünglich als „Veto-Organ“ (Uwe Thysen) zusammengetreten, um öffentlich gegen das SED-Regime zu opponieren, beschränkte er sich nicht nur auf eine Kontrollfunktion, sondern entwickelte sich zur „zentralen politischen Steuerungsinstanz der DDR“ (Uwe Thysen).

Runder Tisch als Nebenregierung

„Im Lauf der Zeit entwickelte sich der Runde Tisch zu einer Art Nebenregierung. Er war allein kein Ersatzparlament. In seiner Zusammensetzung entsprach er nur mittelbar einer Willensäußerung des Volkes und wies darum einen gewissen Mangel an Legitimität auf. Auch seine Kompetenzen waren unklar. Dennoch verliehen ihm die von ihm eingeforderten Reformen Glaubwürdigkeit. Die Regierungsvertreter wollten mit Hilfe des Runden Tisches stabilisieren und ihre Macht sichern. Sie tolerierten seine Vorschläge deshalb nur widerstrebend. Die Opposition sah im Runden Tisch dagegen einen Hebel zum endgültigen Sturz der SED. Angesichts der wirtschaftlichen Probleme, der sich überstürzenden Veränderungen im deutsch-deutschen Verhältnis und um dem befürchteten Chaos zu entgehen, einigten sich die Regierung und der Runde Tisch Ende Januar 1990 darauf, die ursprünglich auf den 6. Mai 1990 festgesetzte Volkskammerwahl auf den 18. März vorzuziehen. Ferner setzte der Runde Tisch durch, dass Anfang Februar eine „Regierung der nationalen Verantwortung“ gebildet wurde; dem Kabinett traten acht Vertreter der neuen politischen Organisationen und Parteien als Minister ohne Geschäftsbereich bei.

Ebenso wie die namensgleichen Einrichtungen in Städten, Gemeinden und Institutionen wirkte sich der Zentrale Runde Tisch in Berlin stabilisierend auf den gesellschaftlichen Umbruch aus. Es war ein Organ, in dem sich Interessen artikulierten, das darüber hinaus die Entwicklung in dieser bewegten Zeit mitgestaltete und auf geordnetem Weg Reformen ermöglichte. Mit seinen Entscheidungen, vor allem mit der Abfassung eines Wahlgesetzes, schuf er die Rahmenbedingungen für eine grundlegende Veränderung des politischen Systems. In dem er den Zerfall des gesamten Regimes politisch begleitete und den friedlichen Verlauf der Ereignisse abzusichern half, erwarb er große Verdienste um

den demokratischen Neubeginn in der DDR. Zugleich suchte der Zentrale Runde Tisch einer neuen Konzeption für die Gesellschaft.

Der Politikwissenschaftler Uwe Thaysen hat die Arbeit des Zentralen Runden Tisches in Berlin von Anfang bis Ende unmittelbar beobachtet: Er beschreibt ihn als Übergangsphänomen:

Text: ... „Runde Tische sind Noch – Nicht -Demokratien angemessen. Sie sind nicht demokratisch gewählt...Runde Tische ebnen den Weg ihrer Gemeinwesen zur Demokratie in der unter ihren Umständen gegebenen möglichen demokratischen Weise. Sie sind Institutionen der Transformation mehr oder weniger geschlossener politischer Systeme zu offenen Gesellschaften, Institutionen, die sich selbst überflüssig machen wollen. Insoweit mögen sie auch als „Schulen der Demokratie“ begriffen werden; sie können aber nicht das ausgeklügelte gewaltenteilende Institutionsgefüge entwickelter Demokratien und die dort geltenden Prinzipien der Legitimation ersetzen, dürfen also nicht als ein oder gar das institutionelle Ideal der Demokratie mißverstanden werden. So gesehen sind diese zutreffender als „Vorschulen der Demokratie“ zu bezeichnen...**Zitat**

Die Reformkräfte erhofften sich von einem „**Dritten Weg**“ zwischen Kapitalismus und Kommunismus einen Ausweg aus der Krise. Auf der Basis eines breiten, wenn auch nicht vollständigen Konsenses in der Opposition entwickelte man die Idee eines demokratischen Sozialismus, die in einem souveränen ostdeutschen Staat verwirklicht werden sollte. Einer auf die deutsche Einheit ausgerichteten Politik, wie sie von der Mehrheit der Bevölkerung gewünscht wurde, vermochte der Runde Tisch keine entscheidenden Impulse zu geben“.

Zehn –Punkte-Plan

„Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1949 war die Einheit ein Ziel bundesdeutscher Politik. Die Konzeptionen reichten von der Westintegration und Nichtanerkennung unter Bundeskanzler Adenauer über die neue Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt, in der der Status quo der Teilung de facto anerkannt wurde, bis zur modifizierten Fortführung dieser Politik durch Bundeskanzler Helmut Kohl. Mit den Entwicklungen zur Jahreswende 1989/90 bot sich erstmalig seit vierzig Jahren die Möglichkeit, die Einheit Wirklichkeit werden zu lassen. Dazu bedurfte es rascher Entscheidungen der Verantwortlichen.

Zunächst reagierten die politischen Kräfte in der Bundesrepublik abwartend. Der revolutionäre Umbruch in der DDR überraschte sämtliche westdeutsche Parteien sowie die Regierungen von Bund und Ländern. Pläne zur Herstellung der deutschen Einheit existieren nicht. Sie erschien bis zum Mauerfall keineswegs als aktuelle Perspektive. Allenfalls dachte man, in langen historischen Zeiträumen. Das sollte sich mit den 9.November 1989 schlagartig ändern. Nach dem Kampf um Demokratisierung in der ersten Phase trat die Revolution jetzt in die nationale Phase ein. Die Demonstranten in den Städten verlangten mehrheitlich die Wiedervereinigung. Bestrebungen, in der DDR ein alternatives sozialistisches System zu errichten, erteilen sie eine Absage. Ein wie auch immer gearteter Versuch, Sozialismus zu verwirklichen, widersprach nicht nur den praktischen Erfahrungen der Menschen mit dem real existierenden DDR-Sozialismus. Angesichts der unmittelbaren Anschauung westdeutscher Verhältnisse versprach sich eine wachsende Mehrheit der Bevölkerung von einer Übernahme des bundesdeutschen Systems auch die beste und schnellste Lösung der Probleme.

Warum sollte man versuchen, unter nicht abzuschätzenden Kraftanstrengungen einen demokratischen Sozialismus aufzubauen, wenn es im anderen Teil Deutschlands bereits ein bewährtes Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell gab. Je deutlicher hervortrat, dass die DDR ihre Krise nicht allein würde bewältigen können, desto stärker wurde das Bekenntnis zur nationalen Einheit. Zudem existierte keine politische Kraft mit einem tragfähigen Konzept, die die Führung auf einem neuen eigenständigen Weg der DDR hätte übernehmen können.

Bei den Montagsdemonstrationen wurde dementsprechend der Ruf nach einer Wiedervereinigung der Deutschen lauter. Das Volk, das sich selbst befreit hatte, wollte nun gemeinsam mit den Westdeutschen als „ein Volk“ leben. Die Demonstranten skandierten seit Ende November 1989 nicht mehr „Für eine neue DDR“, sondern „Deutschland, einig Vaterland“, eine Zeile aus der seit Beginn der siebziger Jahre nicht mehr gesungenen DDR-Nationalhymne. Es zeigte sich, dass trotz Abgrenzungspolitik der SED ein gesamtdeutsches Zusammengehörigkeitsgefühl bestehen geblieben war, das sich nun Bahn brach...“.

Quelle und Autor: Titel „Deutsche Einheit“ Politikwissenschaftler/Autor **Robert Grünbaum** Hrsg.Landeszentrale f.polit.Bildungsarbeit Berlin 1999 i.V.m. Prof.Dr.Eckhard Jesse, Technische Universität Chemnitz – ISBN 10 3-8100-2512-7

Auszug S.63-67,68 zusammengestellt bez. Aufarbeitung von DDR-Unrecht von sed-opfer-hilfe.de für SED-Opfer;

<http://www.amazon.de/Deutsche-Einheit-Robert-Gr%C3%BCnbaum/dp/3810025127>

Robert Grünbaum, M.A. Studium der Politikwissenschaft u. Germanistik a.d. Universität Mannheim. Seit 1994 wissenschaftl. Mitarbeiter am Lehrstuhl f. polit. Wissenschaft Universität Bayreuth